

Behörden Spiegel

DIGITALE AGENDA 2025
Deutschland wird digitalisiert
Alles dazu auf den Seiten 31 bis 36!

Nr. IX / 37. Jg / 36. Woche

Berlin und Bonn / September 2021

www.behoerderspiegel.de



Digitale Verwaltung Hessen 4.0

Patrick Burghardt stellt die Weiterentwicklung der Landesstrategie vor..... Seite 8



Teil eines Gesamtplans

Jürgen Krogmann über Missing Links und Verbesserungen in Oldenburg Seite 16



Der Wunsch, andere zu inspirieren

Janina Heizler berichtet über Schule in Pandemiezeiten Seite 51

Keine Kostendeckung beim ÖPNV

(BS/mj) Laut Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Kostendeckung im Öffentlichen Personennahverkehr werden weniger als die Hälfte der Betriebskosten der Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten gedeckt. Lediglich durch öffentliche Leistungen sei eine Kostendeckung erreichbar. Im Jahr 2018 wurden demnach lediglich 41,5 Prozent der Gesamtkosten aller Unternehmensformen des ÖPNV aus dem Verkauf von Fahrkarten finanziert. 2016 waren es noch 48,8 Prozent und 2014 46,8 Prozent. Die finanzielle Unterstützung seitens aller Gebietskörperschaften im Jahr 2018 belief sich laut Bericht auf rund 19,1 Milliarden Euro. Davon wurden rund 12,8 Milliarden Euro vom Bund, rund 3,3 Milliarden Euro von den Ländern und rund 3,0 Milliarden Euro von den Kommunen aufgebracht.

Thüringen tritt OZG-Verbund Mitte bei

(BS/lma) Thüringen ist als viertes Bundesland dem OZG-Verbund Mitte beigetreten. Durch den Beitritt erhoffen sich die Verantwortlichen des Bundeslandes eine Vereinfachung bei der Nachnutzung von Efa-Leistungen und eine Komplettierung des Angebots für Thüringer Kommunen bei der OZG-Umsetzung. Zudem könne man durch gemeinsame Initiativen der Länder des OZG-Verbundes wichtige Impulse für die föderale OZG-Umsetzung setzen. Thüringen plant im Zusammenhang mit dem Beitritt, auch die Plattform Civento des kommunalen IT-Dienstleistungsunternehmens ekom21 zu nutzen. Gegründet wurde der Verbund im November 2020 vom Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz. Ziel der Bundesländer ist es, bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen verstärkt zu kooperieren.

Schutzschirm für Kommunen gefordert

(BS/bk) Mehr als 500 kommunale Personalräte von Verdi fordern im Hinblick auf die Bundestagswahl von allen Kanzlerkandidaten ein Hilfspaket für Kommunen. Das Paket müsse für 2021 und die kommenden Jahre geschnürt werden. Die Personalräte gehen für das Jahr 2021 von einem Einnahmedefizit von über neun Milliarden Euro aus. Außerdem müsse die Finanzkraft der Kommunen durch einen Altschuldentilgungsfonds wiederhergestellt werden. Zudem fordern die Vertreter, dass die Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen festgeschrieben sind, auch vom Bund übernommen und die öffentlichen Einnahmen verstetigt werden müssen.

Wieder hamstern

Pandemie als eine Realübung für weitere Katastrophen

(BS/Uwe Proll) Krisen offenbaren Schwächen: Resilienz, Redundanz, politische Führung und das Verhalten der Bevölkerung. Das gilt nicht nur für die Corona-Pandemie, sondern auch für die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und NRW. Daher stellt sich die Frage, was nach der Bundestagswahl die neue Regierung anstreben wird. Und: Wie sind wir besser vorbereitet auf die nächste Katastrophe?

Hat es bei der Flutkatastrophe ein systemisches Versagen gegeben? Dazu sind Untersuchungsausschüsse in den Landtagen und auch im Bundestag notwendig, um das Versagen in der Alarmierung, der Warnung und der Evakuierung anzusprechen. Im Wahlkampf haben jedoch alle Parteien kein wirkliches Interesse, sich mit schonungsloser Analyse auseinanderzusetzen. Erst wenn die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sind, wird Klartext geredet werden müssen. Dieser darf dann aber nicht zu knapp ausfallen. Die föderalen Strukturen waren in der Krise nicht hilfreich, aber eine Zentralfunktion des Bundes wäre ebenso wenig hilfreich.

Viel zu viele Behörden haben ihre eigenen Zuständigkeiten definiert und sie zu anderen abgegrenzt. So lässt sich eine Krise aber nicht bewältigen. Immer wieder – und das mit Recht – wird Helmut Schmidt in der Hamburger Hochwasserkatastrophe als Vorbild gesehen. Er hat sich über vieles hinweggesetzt, etwa mit dem damaligen Einsatz der Bundeswehr in der Hansestadt. Wo war in der Hochwasserflut an der Ahr und der Eifel eine solche Persönlichkeit zu sehen? Man kann den einzelnen Behörden ihre Neigung, sich nur auf ihre Zuständigkeiten



Das Anlegen von Vorräten wurde lange belächelt. Dann kam die Corona-Pandemie und als Erstes wurden von der Bevölkerung Nudeln und Klopapier gekauft.
Foto: BS/milanchikov, stock.adobe.com

zurückzuziehen, nicht vorwerfen. Diese sind so vorgesehen. Doch es fehlt an Persönlichkeiten, die in der Krise Zuständigkeitsgrenzen auch einmal überschreiten, sie durchbrechen und Führung übernehmen.

Dabei war alles vorher deutlich und mehrfach formuliert, was hätte geschehen müssen, sowohl bei der Pandemie als auch bei Hochwassern. Zum einen im Abschlussbericht der Länderübergreifenden Katastrophenschutzübung LÜKEX 2007, zum anderen in einem Bericht des Robert Koch-Instituts (RKI) an den Bundestag 2012. Die Empfehlungen bezogen sich vor allem

auf die Vorsorge für den Ernstfall, hätten also Resilienz geschaffen. Bekanntermaßen wurden alle Empfehlungen in den Wind geschlagen. Die Rechtfertigung in Regierungen und Parlamenten: die Wahrscheinlichkeit eines in den Berichten beschriebenen Ereignisses läge bei mehreren hundert Jahren. Also nichts für jetzt und gleich.

Aber Deutschland und Europa müssen sich vorbereiten. Der schlimmste Katastrophenfall – so die einhellige Meinung aller Experten – wäre ein Blackout. Ein totaler Stromausfall, ausgelöst durch eine Cyber-Attacke, einen Anlagenbrand oder eine extreme

Instabilität im Netz. Es hat in den vergangenen Jahren bereits einige Situationen gegeben, wo wir kurz vor einem Stromausfall standen, wie Netzbetreiber berichten. Bis zu hundert Mal mussten diese aktiv eingreifen, um einen Netzzusammenbruch zu vermeiden. Der Black Out wird kommen, nur wann bleibt offen.

Wenn der Strom ausfällt, geht nicht nur das Licht aus. Elektrisch betrieben wird die Wasserversorgung, die Kassen und Türen der Supermärkte, die Verkehrssteuerung, so ziemlich alles. Hierzu gibt es nicht nur den Bestseller, "Blackout" von Marc Elsberg, sondern auch tatsächliche Fälle.

New York hat einen Stromausfall erlebt. München ebenfalls, wenn auch nur mit kurzer Dauer. Die Flut an der Ahr und der damit einhergegangene längere Stromausfall gibt eine geringe Ahnung davon, was es landesweit bedeuten würde, wenn Kommunikation, Wasser, Wärme und letztlich auch Lebensmittel nicht mehr zur Verfügung stünden.

Um gewappnet zu sein, sollte eine neue Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode das Thema Resilienz auf die Tagesordnung setzen. Was für 90 Tage Überleben bei verschiedenen Katastrophenlagen notwendig sein wird, soll nun in zentralen Lagern bevorratet werden, doch ohne Steigerung der Resilienz jedes Einzelnen und jedes Haushalts wird es nicht gehen. Das bedeutet eine Änderung des Lebensstils. Resilienz zu erreichen wird schwierig bis unwahrscheinlich, bleibt es ein politisches Geschäft, auch deswegen weil es unpopulär ist, den Menschen Bevorratung wie zu Omas Zeiten vorzuschreiben. Ein Versuch wäre es dennoch wert. Das BBK hat dazu Vorschläge unterbreitet: das Thema gehört in die Schule. Das Hamstern von Klopapier und Nudeln beim Corona-Ausbruch zeigt: das Vorratsbewusstsein ist da.

Kommentar

Einen Schritt nach dem anderen tun

(BS) Nach jeder kleineren und größeren Katastrophe oder Krise beginnt in Deutschland das wohl beliebteste Gesellschaftsspiel seit der Staatswerdung: die Suche nach der oder dem Schuldigen. Ob nun in Afghanistan, bei der Flutkatastrophe oder der Corona-Pandemie, die häufig alles beherrschende Frage lautet: "Wer hat Schuld?" Erst danach kommt die Frage "Warum hat das System oder haben die Maßnahmen versagt?"

Gerade bei der Flutkatastrophe lassen sich das schwierige Verhältnis von Behörden und dem Umgang mit Fehlern beobachten. Noch während die Rettungs- und Bergungsarbeiten liefen, kam die Forderung auf, dass sich der Katastrophenschutz grundlegend ändern müsse. Gleichzeitig wurde in der Öffentlichkeit schon nach dem Schuldigen gesucht.

Nehmen wir das Thema Warnung der Bevölkerung: Das Ausmaß des Schadens stand kaum fest. Da schlug eine Wissenschaftlerin des European Flood Awareness Systems (EFAS) auf die deutschen Behörden ein. Diese hätten die frühzeitige Warnung des EFAS ignoriert. Die Bundesbehörden wiesen alle Schuld von sich und zeigten auf die Länder. Die wiederum traten nach unten auf die kommunale Ebene. Als dann noch die gegenseitige Schuldzuweisung durch staats-

anwaltschaftliche Ermittlungen begleitet wurde, setzte der Verteidigungsreflex bei wirklich allen beteiligten Stellen ein. Die Angst vor dem Eingestehen eigener Fehler ist dann besonders groß.

Ein effektiver Umgang mit Fehlern sieht anders aus. Doch lässt sich dieses Muster im gleichen Maße in der Bearbeitung des behördlichen Handelns in der Corona-Pandemie, nach jedem Anschlag und nach jeder Naturkatastrophe wiederfinden. Das Bedürfnis nach einfachen Antworten ist verständlicherweise groß. Dennoch: Bei jeder zeitkritischen und unbekanntenen Krisensituation unterlaufen Fehler. Das ist menschlich. Auf dem Versagen im Krisenmanagement von anderen herumzureiten und nur mit dem Finger darauf zu zeigen, ist für eine lernende Gesellschaft nicht zuträglich. Dies bedeutet nicht, dass keine Fehler öffentlich

gemacht werden dürfen oder dass Handeln nicht kritisiert werden darf. Eine Fehleranalyse nach Katastrophen ist wichtig. Nur durch eine genaue Erfassung der Fehler können sich Menschen, Behörden und Systeme weiterentwickeln. Es braucht eine gesunde Fehlerkultur in der deutschen (Behörden-) Landschaft, denn die Angst vor Fehlern kann neues und innovatives Handeln verhindern. Es wäre fatal, wenn durch eine öffentliche Schuldsuche Gespräche über Lessons Learned und Verbesserungsmöglichkeiten nicht mehr stattfinden würden. Sollte nach der Fehleranalyse herauskommen, dass jemand mutwillig und wider besseres Wissen Fehler gemacht hat, hat man immer noch seinen Schuldigen gefunden. Wichtig dabei ist: erst die Analyse, dann zur Rechenschaft ziehen.

Bennet Klawon



Königsmacher

Kommunikation muss funktionieren

Katastrophen machen rasches Handeln erforderlich

Das betont auch der Brandenburger Innenminister Michael Stübgen (CDU). Ebenso wichtig sei eine ressortübergreifende Stabsarbeit. Denn Katastrophen könnten nur von mehreren Akteuren gemeinsam bewältigt werden. Außerdem würden sich Helfer im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz künftig mit immer komplexeren Lagen auseinandersetzen müssen, prognostizierte Stübgen. Um diese bewältigen zu können, brauche es eine moderne, zeitgemäße Ausstattung.

Hier sei an einigen Stellen aber noch etwas zu tun, so der CDU-Politiker auf dem Brand- und Katastrophenschutztag des Behörden Spiegel in Potsdam. Kommunikationsnetzwerke müssten künftig gestärkt und weiter gehärtet werden, um ausfallsicherer zu sein. Brandenburg baue hier ein eigenes Krisenkommunikationssystem auf, in das auch die Kommunen einbezogen werden sollen. Die Errichtung des Systems werde aber noch einige Jahre dauern und teuer werden, räumte der Innenminister ein.

Applikationen zur Warnung der Bevölkerung sowie Cell Broadcast könnten in diesem Kontext ebenfalls nur der Anfang sein, meint der Geschäftsführer der Digitalagentur Brandenburg, Dr. André Göbel. Nötig sind aus

(BS/Marco Feldmann) Um Großschadenslagen und Katastrophen effektiv bewältigen zu können, braucht es unter anderem eine funktionierende Einsatzkommunikation. Hier sei auch ein einheitliches Einsatzleitsystem in allen beteiligten Leitstellen vonnöten. Denn in derartigen Situationen geht es vor allem um schnelles Reagieren durch die Kräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), insbesondere im nichtpolizeilichen Bereich.

seiner Sicht digitale Plattformen, die die koordinativen Herausforderungen disruptiver Einsätze meistern könnten. Insgesamt sei die Digitalisierung ein mächtiges Hilfsmittel, um auf örtlicher Ebene resilienter zu werden und Katastrophenlagen zu bewältigen, zeigte er sich überzeugt.

Mehr Einheitlichkeit wäre wünschenswert

Hilfreich sein könnten auch eine gemeinsame Geobasis und Geodateninfrastruktur, erläuterte Andreas Hensel von der Stabsstelle BOS in der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung, Polizei und Ordnungsrecht sowie Kriminalprävention im Brandenburger Innenministerium. Denn wenn sie existierten, seien zum Beispiel eine einfachere und schnellere Erkennung munitionsbelasteter Flächen, Echtzeitlagebilder sowie eine bessere Positionsermittlung von Einsatzkräften möglich.



Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU, links im Bild) unterstrich die Bedeutsamkeit einer funktionierenden Einsatzkommunikation und der Kommandeur des Landeskommandos Brandenburg der Bundeswehr, Oberst Olaf Detlefsen (rechts), erläuterte die Hilfs- und Unterstützungsangebote der Streitkräfte in Katastrophenlagen.

Momentan sei die Geodateninfrastruktur (GDI) im BOS-Umfeld technisch jedoch noch äußerst heterogen und nicht auf eine zentrale und ressortübergreifende Informationsbasis ausgerichtet,



Fotos: BS/Feldmann

bemängelte Hensel. Auch werde noch zu oft auf Einzellösungen gesetzt. Zudem finde kein BOS-übergreifender Austausch von Geodaten – idealerweise sogar in Echtzeit – statt. Um einen solchen

ermöglichen, brauche es eine gemeinsame zentrale GDI-BOS. Sie ermögliche zum einen eine ressortübergreifende Vernetzung. Zum anderen könne über sie eine Georedundanz erzielt werden, die momentan nicht existiere, und eine bessere Informationsgrundlage für Einsatzsituationen geschaffen werden. Außerdem wäre die Integration neuer mobiler und innovativer Anwendungen möglich, erläuterte der Mitarbeiter des Potsdamer Ministeriums. Zu einer GDI-BOS für Brandenburg bestünden bereits ein Fachkonzept, ein Whitepaper für die Entscheidungsträger sowie die technischen Anforderungen. Eine erste Pilotphase für das Vorhaben, das nicht Teil des Projektes "Polizei 2020" ist, solle im kommenden Jahr starten, kündigte Hensel an.

Katastrophenschutz besonders gefordert

Eine derartige Lösung könnte dann möglicherweise auch bei Hochwasserlagen helfen. Problematisch ist dabei vor allem, dass es bei Hochwasser infolge von Starkregen nur kurze Vorwarnzeiten gibt. Eine solche Situation könne immer und überall, also auch fernab von Flüssen, auftreten, warnte die Abteilungsleiterin Wasser und Bodenschutz im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, Anke Herrmann. Sie stellten daher eine besondere Herausforderung für den Katastrophenschutz dar, zumal technische Anlagen zum Hochwasserschutz nicht beliebig groß dimensioniert werden könnten.

Und die Gefahren würden künftig eher zunehmen, prognostizierte Herrmann. Denn aufgrund des Klimawandels würden auch in der Mark Häufigkeit und Intensität von Starkregenereignissen zunehmen. Aus diesem Grunde seien Investitionen in und die landesweite Instandhaltung von Hochwasserschutzanlagen eine Daueraufgabe der Daseinsvorsorge. Aber nicht nur die öffentliche Hand sei hier gefordert. Auch die private Hochwasserprävention, die Wetterwarnungen sowie die kommunale Flächenvorsorge müssten verbessert werden.

Zahlreiche Waldbrände zu bewältigen

Auch bei Waldbränden könnte eine GDI möglicherweise helfen. Denn Brandenburg ist durch sie stark gefährdet. 2020 habe es in der Mark insgesamt 287 Vegeta-

tionsbrände gegeben, bei denen 115 Hektar Fläche betroffen gewesen seien. In diesem Jahr seien es bislang 148 Brände mit einer betroffenen Fläche von 34 Hektar gewesen. Diese Zahlen nannte der Brandenburger Landesbranddirektor Michael Koch. Um effektiv gegen sie vorgehen zu können, brauche es unbedingt eine stabile und nachhaltige Löschwasserversorgung. Diese müsse frühzeitig geplant und aufgebaut werden. Ebenso hilfreich seien Hochleistungspumpen, große Wasserbehälter für Löschhubschrauber sowie spezielle Tanklöschfahrzeuge, unterstrich er.

Die Kräfte des Katastrophen- und Bevölkerungsschutz unterstützen könnten zudem hybride Brennstoffzellensysteme, findet Christian Rucker vom Unternehmen SFC. Hilfe könne auch von der Bundeswehr kommen, erklärte Oberst Olaf Detlefsen, Kommandeur des Landeskommandos Brandenburg.

Bundeswehr nur subsidiär tätig

Allerdings sei die Truppe in Katastrophenfällen nur die dritte Unterstützungsebene und werde nur subsidiär tätig. Die Soldaten würden nur insoweit und nur so lange tätig sein, wie die notwendigen zivilen Ressourcen zur Lagebewältigung nicht in ausreichendem Maße oder mit den erforderlichen Fähigkeiten zur Verfügung stünden.

Im Ernstfall könne die Bundeswehr jedoch auch Soforthilfe mit unmittelbar vor Ort vorhandenen Ressourcen leisten oder nach einem Eilverfahren Unterstützung bereitstellen. Dabei könnte jedes der bundesweit 16 Landeskommandos – über das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr mit Sitz in Berlin – auf alle Fähigkeiten und Kapazitäten der Streitkräfte zugreifen.

Aus Sicht von Landespolitikern ist Brandenburg im Bereich des Katastrophenschutzes jedoch recht gut aufgestellt. Das gelte unter anderem für die Bekämpfung von Waldbränden, meint der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Adler. Ähnlich äußert sich Heiner Klemp von Bündnis 90/Die Grünen. Er sieht gleichzeitig jedoch noch Verbesserungsbedarf. So müsse die Gefahrenanalyse des Landes auf den neuesten Stand gebracht werden. Zudem sollten auch auf Bundes- und Landesebene verstärkt eigene Lagebilder erstellt werden, um Kommunen im Ernstfall effektiv beraten und Bedrohungen rechtzeitig selbst erkennen zu können. Hier brauche es dringend Redundanzen, findet Klemp. Aus Adlers Sicht wiederum sollte über eine Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nachgedacht werden. Für diese ist jedoch eine Grundgesetzänderung erforderlich.

“Resilienz entsteht nicht im luftleeren Raum”

Forschungsprojekt zur Resilienz der Bevölkerung gestartet

(BS) Eine Nachbarschaft, die sich kennt und gegenseitig stützt, ist resilienter als eine, in der keine Hilfsbereitschaft vorherrscht. Dies hat die Corona-Pandemie eindrücklich gezeigt. Die Soziologen Dr. Tim Lukas und Bo Tackenberg von der Universität Wuppertal wollen in einem Projekt diese Resilienz näher untersuchen und daraus Rahmenempfehlungen für den Bevölkerungsschutz entwickeln. Was Sie konkret vorhaben und welchen Nutzen die Untersuchung haben soll, erklären sie im Interview. Die Fragen stellte Bennet Klawon.



Dr. Tim Lukas (links) ist Akademischer Rat im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Bo Tackenberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt Sokapi-R.

Fotos: BS/Tackenberg



Behörden Spiegel: Was steckt hinter dem Namen Sokapi-R?

Dr. Tim Lukas: Sokapi-R ist das Akronym unseres Forschungsprojekts "Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz", das wir am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Uni Wuppertal durchführen. Das Projekt wird seit August über eine Laufzeit von drei Jahren durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gefördert und begleitet. Am Projekt beteiligt sind auch eine Reihe weiterer Partner, wie z. B. der Verband für sozial-kulturelle Arbeit und das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK).

Behörden Spiegel: In welchem Zusammenhang stehen das soziale Kapital und der Bevölkerungsschutz?

Bo Tackenberg: Der Wert von sozialem Kapital drückt sich in den Verbindungen aus, die man mit anderen Menschen eingeht, d. h. im sozialen Zusammenhalt, der zwischen Menschen innerhalb einer Gemeinschaft besteht. Wir können in allen Lebenslagen

von den Beziehungen zu unseren Mitmenschen profitieren, etwa durch "Vitamin B" bei der Karriereplanung oder der Wohnungssuche, bei kleineren und größeren Gefälligkeiten im Alltag. Indem soziales Kapital dazu beiträgt, dass sich Menschen gegenseitig Hilfe leisten, bildet es aber auch das Fundament für die Herausbildung von lokalen Unterstützungsgemeinschaften im Krisen- und Katastrophenfall. In der Katastrophenforschung wird soziales Kapital daher als ein wesentliches Element einer resilienten Bevölkerung betrachtet. Resilienz entsteht aber nicht im luftleeren Raum, sondern vorrangig dort, wo die Menschen sich kennen.

Lukas: In Krisen und Katastrophen sind Nachbarinnen und Nachbarn häufig die ersten, die am Ort des Geschehens Hilfe leisten. In der Covid-19-Pandemie kann man sehen, welchen Beitrag nachbarschaftliche Hilfe zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen leistet. Nachbarinnen und Nachbarn übernehmen Einkäufe und andere Erledigungen für besonders vulnerable Personen, engagieren in der Kinderbetreuung oder führen den Hund aus. Die Erfahrungen zeigen, dass die Grundlagen dieser

Unterstützungsleistungen bereits im alltäglichen Miteinander von Nachbarschaften gelegt werden.

Behörden Spiegel: Was wollen Sie konkret machen?

Lukas: Zentrales Anliegen des Projekts ist die Entwicklung eines Sozialkapital-Radars, mit dem sich das soziale Kapital, also die Unterstützungsbereitschaft von Bewohnerinnen und Bewohnern in ihren Wohnquartieren, identifizieren und nachvollziehen lässt. Wir entwickeln das Radar am Beispiel der Stadt Wuppertal und werden uns zunächst sehr intensiv mit den sozialen Strukturen in den einzelnen Stadtquartieren beschäftigen. Im kommenden Jahr soll dann eine große, mehrsprachig umgesetzte Bevölkerungsbefragung stattfinden, in der wir über Fallbeschreibungen das Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen und die Wahrnehmung des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft erfragen werden. Darüber hinaus werden wir Interviews und Workshops mit Akteurinnen und Akteuren der Nachbarschaftsarbeit, des freiwilligen Engagements und natürlich des Katastrophenschutzes durchführen.

Tackenberg: Die Ergebnisse fließen dann in ein GIS-basiertes Dashboard, so ähnlich wie das, das man vom Blick auf die Inzidenzzahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) kennt. Das Dashboard soll Städte dabei unterstützen besonderen Handlungsbedarf zu identifizieren, Zusammenhalt und Engagement quartiersbezogen noch vor Eintreten einer Krise oder Katastrophe zu fördern.

Behörden Spiegel: Was soll am Ende des Projekts entstehen?

Tackenberg: Neben dem Dashboard werden wir auf Basis der Projektergebnisse Rahmenempfehlungen für die Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz formulieren, die die Identifikation und Nachvollziehbarkeit von kollektiven Anpassungsprozessen und Unterstützungsleistungen in unterschiedlichen Krisen und Katastrophenlagen ermöglichen sollen.

Behörden Spiegel: Welchen Nutzen sollen Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen aus den Ergebnissen ziehen?

Lukas: Wir wollen mit dem Projekt einen Beitrag zu einem sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz leisten. Es geht uns darum, Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen enger zu vernetzen und bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Wohnquartier zu unterstützen. Im Bevölkerungsschutz erfordert das ein Umdenken hin zu einer stärkeren Alltagsorientierung. Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen können sich verstärkt im sozialen Nahraum von Stadtquartieren und Nachbarschaften einbringen, um noch vor Eintreten krisenhafter Ereignisse mehr darüber zu erfahren, welche kollektiven Kapazitäten der Krisenbewältigung es vor Ort gibt. Im Sinne einer resilienten Bevölkerung können Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen diese Ressourcen gezielt fördern.

MELDUNGEN

Kein EU-Katastrophenschutzzentrum, aber...

(BS/bk) Eine Förderung eines EU-Katastrophenschutzzentrums am Standort Welzow/Senftenberg in Brandenburg ist durch EU-Mitteln ausgeschlossen. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Land beauftragtes Gutachten. Es sollte ein Konzept erstellt werden, das zur Einwerbung von Fördergeldern der EU dienen könnte. Der Standort könne aber nicht über rescEU gefördert werden. Zwar könne keine EU-finanzierte Ansiedlung realisiert werden, aber die Voraussetzungen für andere katastrophenschutztechnischen Ansiedlungen seien gegeben. Der Standort Welzow/Senftenberg habe eine gute Ausgangslage für eine weitere Entwicklung im Bereich des Katastrophenschut-

zes. Es würden sich zwei Alternativen anbieten. Zum einen könnte an diesem Standort ein Kompetenz- und Wirtschaftsklusters Katastrophenschutztechnologie aufgebaut werden. Dazu müsse eine Clusterstrategie mit den zuständigen Ressorts, Kommunen, Wissenschaftseinrichtungen und regionalen Wirtschaftsakteuren entwickelt werden.

Es könnte aber auch eine Katastrophenschutzzeineinrichtung ohne EU-Beteiligung mit dem Schwerpunkt eines Kompetenz- und Trainingszentrums für realitätsnahe Aus- und Weiterbildung angestrebt werden. Dabei könnte ein Feuerwehrtechnisches Zentrum in Kooperation mit einer privatrechtlich geführten Einrichtung etabliert werden.